

Anwohnerbeiträge können doch wegfallen

Innenministerium: Landesgelder dürfen als Ausgleich für Straßenausbaubeiträge genutzt werden

Kiel/Lübeck. Die Hansestadt darf sehr wohl auf Straßenausbaubeiträge von Anwohnern verzichten, ohne dass das Land seine Fördergelder für Lübeck streicht. Das hat das Innenministerium in Kiel jetzt gegenüber den LN klargestellt. Das Ministerium widerspricht damit der Darstellung von SPD-Bürgermeister Jan Lindenau und Kämmerer Manfred Uhlig.

4,87 Millionen Euro bekommt die klamme Stadt bis 2020 jährlich extra vom Land. Eine Einigung der kommunalen Landesverbände mit der Jamaika-Regierung in Kiel hatte Lübeck und anderen Kommunen den Geldsegen beschert. Im Frühjahr hätten die Kommunen dann auch einen konkreten Erlass erhalten, wozu das Geld verwendet werden dürfe und wozu nicht, hatte Uhlig erklärt. Und für ihn sei nach der Lektüre klar gewesen: „Diese Millionen dürfen nicht zur Kompensation von ausfallenden Straßenausbaubeiträgen genutzt werden.“

Die Lübecker Bürgerschaft. Derzeit streiten die Politiker um die Straßenausbaubeiträge der Anwohner. Lutz Roeßler

„Das Innenministerium kann die Rechtsauffassung der Stadt in diesem Punkt nicht nachvollziehen“, sagt jetzt allerdings der Sprecher des Innenministeriums, Dirk Hundertmark. Er muss es wissen: Der Erlass stammt aus seinem Ministerium. Es gebe in dem Erlass nur eine einzige Zweckbindung, die den Kommunen auferlegt worden sei, sagt Hundertmark: dass sie das Geld für Infrastrukturmaßnahmen ausgeben müssen.

Offenbar habe man in der Lübecker Stadtverwaltung darunter nur Neubaumaßnahmen verstanden, mutmaßt Hundertmark. Tatsächlich sei es aber so, dass darunter „sowohl Investitionen als auch der Erhalt der Infrastruktur fallen“. Und daraus ergebe sich eindeutig, dass die Landesgelder von der Stadt auch bei solchen Straßensanierungen sehr wohl dafür eingesetzt werden dürften, den Ausfall von Anwohnerbeiträgen zu kompensieren.

Damit dürfte die Diskussion über diese Beiträge in Lübeck wieder eröffnet sein. Bis zum Jahr 2022 rechnete die Stadt daraus mit Einnahmen von neun Millionen Euro. Er werde eine Abschaffung dieser Beiträge nicht empfehlen, hatte Bürgermeister Jan Lindenau noch am Montag erklärt. Ob es angesichts der neuen Lage dabei bleibt? „Wir können nicht einfach komplett auf dieses Geld verzichten“, hatte auch SPD-Fraktionschef Peter Petereit gesagt.

Selbst die CDU war ins Grübeln gekommen, wie die Millionen wohl auszugleichen wären. Die Grünen hatten ebenso wie die Unabhängigen ohnehin schon mal ersatzweise für eine Erhöhung der Grundsteuer plädiert, um Eigentümer weiter „in irgendeiner Form an den Kosten zu beteiligen“. Die FDP forderte hingegen, die Anwohnerbeiträge notfalls auch ohne Kompensation durchs Land abzuschaffen. Und auch die Freien Wähler, die GAL und die BfL plädierten weiter für die sofortige Abschaffung der Beiträge.